

# „Viel weitergebracht“

**KZ Gedenkstätte Mauthausen, Zivildienst, Korruptionsbekämpfung, Kriegsgräberfürsorge: Staatssekretärin Mag. Karoline Edtstadler bilanzierte über die Schwerpunkte ihrer Arbeit 2018.**

Es ist ein überraschendes Angebot gewesen, das mich im November 2017 erreicht hat, im Regierungsteam des designierten Bundeskanzlers Sebastian Kurz mitzuarbeiten. Ich habe es sehr gerne angenommen und die Entscheidung bisher keine Sekunde bereut“, sagte die Staatssekretärin im Innenministerium, Mag. Karoline Edtstadler bei einer Bilanzziehung. 2018 war für Edtstadler eine „sehr intensive Zeit“. Sie ist im Innenministerium für die KZ-Gedenkstätte Mauthausen, Zivildienst, Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung sowie Kriegsgräberfürsorge verantwortlich. Weiters wurde sie von Bundeskanzler Sebastian Kurz und Vizekanzler Heinz-Christian Strache mit der Leitung der „Taskforce Strafrecht“ beauftragt.

„**Taskforce Strafrecht**“. „Die Gewalt gegen Frauen nimmt zu, und auch der Hass im Netz greift immer mehr um sich, daher müssen wir gesetzliche Regelungen schaffen, die diesem Phänomen Einhalt gebieten“, sagte Edtstadler. Die Taskforce gliedert sich in zwei Kommissionen. Die Kommission „Opferschutz und Täterarbeit“ beschäftigt sich in fünf Arbeitsgruppen mit Recht, Digitalisierung, Opferschutz, Täterarbeit sowie Gesundheit und Forensik. „Dabei werden wir etwa die Wegweisung überarbeiten und den Informationsaustausch – auch von personenbezogenen Daten – zwischen den Behörden erleichtern, denn Datenschutz darf kein Täterschutz sein“, sagte die Staatssekretärin. Darüber hinaus soll der Stalking-Paragraf verschärft und ausgedehnt sowie das Gewaltschutzgesetz verbessert werden. „Damit soll es für die Polizei einfacher werden, ein Betretungsverbot zu erlassen“, sagte Edtstadler. Die zweite Kommission der Taskforce beschäftigt sich mit dem „Strafrecht“, bei der es um die Verschärfung von Strafen wegen Gewalt- und Sexualdelikten gehe sowie um die Anpassung der Strafhöhe an die der Vermögensdelikte. „Die Strafrechtsnovelle 2015 soll nach Durchführung einer Evaluierung insoweit novelliert werden, als zum Beispiel bei Vergewaltigung zumindest



**Karoline Edtstadler: „Die Gewalt gegen Frauen nimmt zu. Dem müssen wir Einhalt gebieten.“**

eine teilweise unbedingte Strafe ausgesprochen wird“, sagte die Staatssekretärin. Im ersten Quartal 2019 werde es erste Umsetzungsmaßnahmen und Zwischenergebnisse beider Kommissionen geben, erklärte Edtstadler. „Bis Ende des zweiten Quartals 2019 wird ein Endergebnis und ein Maßnahmenpaket mit dem Inhalt beider Kommissionen präsentiert; danach erfolgt die legislative Umsetzung der Gesetzesvorlagen“, sagte Edtstadler.

**Gedenkjahr und KZ-Gedenkstätte Mauthausen.** Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt für Edtstadler war das Gedenkjahr 2018. Mit einem Zeitzeugenprojekt wurden Schülerinnen und Schüler für die dunkle Geschichte des Nationalsozialismus sensibilisiert. Anliegen der Staatssekretärin war es auch, dass jede Schülerin und jeder Schüler die Möglichkeit haben sollte, das ehemalige KZ Mauthausen zu besuchen. Abgeschlossen ist der Umzug der Bundesanstalt Mauthausen Memorial, die seit 1. Jänner 2017 eigenständig ist. „Das neue Büro in der Argentinierstraße im vierten Bezirk in Wien ist ein offenes Haus, das auch zur Vor- und Nachbereitung von Schülerinnen und Schülern dienen wird“, sagte Edtstadler. Nach der Erweiterung 2019 sei auch ein öffentlicher Bibliotheksbetrieb möglich.

**Der Zivildienst** habe stark an Bedeutung und gesellschaftlichem Ansehen gewonnen, sagte die Staatssekretärin. Eine Herausforderung würden die ge-

burtenschwachen Jahrgänge darstellen: 2010 gab es 39.600 taugliche Wehrpflichtige, 2017 waren es 30.800, davon absolvierten rund 45 Prozent den Zivildienst, was eine Bedarfsdeckung von rund 93 Prozent bedeutete. „2018 sind es an die 14.500 Zuweisungen gewesen“, sagte die Staatssekretärin. Die Novelle des Zivildienstgesetzes sieht ein E-Learning-basiertes Ausbildungsmodul für Zivildienstleistende (Staatsbürgerschaftskunde) sowie ein E-Learning-Tool für Vorgesetzte von Zivildienstern (mit Rechten, Pflichten und Wesen des Zivildienstes) vor. Änderungen gebe es auch bei der Anerkennung und dem Widerruf der Anerkennung von Zivildienstleistungen, sagte Edtstadler. „Künftig kann eine Anerkennung widerrufen werden, wenn drei Jahre lang kein Bedarf angemeldet wird.“

**Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung.** Die Regierung hat im Frühjahr 2018 die Ausarbeitung einer Anitkorruptionsstrategie beauftragt. Federführend waren das Innen- und das Justizministerium. „Dabei sollen Compliance-Management-Systeme erarbeitet und umgesetzt werden“, sagte Edtstadler.

**Kriegsgräberfürsorge.** Das BMI ist für die Erhaltung der etwa 1.000 Kriegsgräberanlagen zuständig. Dabei sei es wichtig, die Erinnerung an das Schicksal von Widerstandskämpfern und Opfern des Faschismus aufrecht zu erhalten. Neben der Enthüllung einer Gedenktafel an der Mauer des Polizeianhaltezentrum Rossauer Lände gebe es eine Onlineplattform zur Erinnerung an die NS-Opfer und Widerstandskämpfer der Gruppe 40, sagte Edtstadler.

**EU-Ratsvorsitz.** Die intensivste Aufgabe des zweiten Halbjahres 2018 sei der Vorsitz im Rat der Europäischen Union unter dem Motto „Ein Europa, das schützt“ gewesen, den Österreich zum bereits dritten Mal innehatte, sagte Edtstadler. Die Staatssekretärin nahm an fünf Plenartagungen des Europäischen Parlaments teil und unterzeichnete 29 (der insgesamt 37) Rechtsakten.